**XVIII/0583 Benderstraße 34 - „Kiosk abgerissen, Bäume gefällt,,
hier: Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion**

Antwort der Verwaltung:

Welche gesetzlichen bzw. ortsrechtlichen Voraussetzungen waren nach 7 Jahren gefunden worden, die diese Baumfällungen rechtfertigten?

Die beiden Bäume mussten im Zuge des Bauvorhabens entfernt werden. Die Eigentümerin hat das Grundstück in dem guten Glauben auf Durchführbarkeit ihres Bauvorhabens am 19.10.2021 gekauft. (Im Kaufvertrag enthalten ist eine Bauverpflichtung, wonach ein Wohnhaus innerhalb von 2 Jahren errichtet werden sollte). Die Verweigerung der Fällgenehmigung würde nach § 6 Abs. 2 Nr. 1 der BaumSchVO zu einer nicht beabsichtigten Härte gegenüber der Grundstückseigentümer führen. Ein Umplanen der Baumaßnahme ist nach Rücksprache zwischen Unterer Naturschutzbehörde und dem ausführenden Architekten nicht möglich. Unter Bezugnahme auf den Schutzzweck der Baumschutzverordnung wurde ein Ersatz für die Fällungen festgesetzt. Gemäß § 6 Abs. 5 BaumschVO wurde der Grundstückseigentümerin auferlegt, zwei standortgerechte Laubbäume auf dem gleichen Grundstück zu pflanzen und fachgerecht zu erhalten. Es wurde festgesetzt, dass die Durchführung der Pflanzung der Unteren Naturschutzbehörde innerhalb eines Jahres auf geeignete Weise nachzuweisen ist.

Wird die geplante Baugrenze bei dem aktuellen Bauvorhaben eingehalten?

Der erste Bauantrag datiert vom 07.10.2021 und war zunächst nicht genehmigungsfähig. Nach einer Umplanung war das Vorhaben letztlich zulässig und wurde dem Planungs- und Umweltausschuss am 02.05.2024 (DRS Nr. XVII/4067) zur Kenntnis gegeben; es lagen jedoch zur Erteilung einer Baugenehmigung nicht alle erforderlichen Unterlagen vor. Der Bauantrag wurde schließlich am 07.10.2024 von den Antragstellern zurückgezogen. Am 18.11.2024 wurde ein neuer Bauantrag zur Errichtung eines Einfamilienwohnhauses eingereicht. Nach dem derzeitigen Sachstand ist das geplante Vorhaben nach § 34 BauGB genehmigungsfähig, allerdings fehlen wiederum noch notwendige Unterlagen zur abschließenden Genehmigungserteilung. Die faktischen vorderen und hinteren Bautiefen im Sinne des Einfügungsgebotes nach § 34 BauGB bewegen sich sowohl bei der ursprünglichen Planung als auch bei dem aktuellen Bauvorhaben im zulässigen Rahmen der Umgebungsbebauung.

Steht dies im Zusammenhang mit der Fällung der Bäume?

Die beiden Bäume mussten im Zuge des Bauvorhabens entfernt werden.